Deutscher Reichstag.

(Bericht der „Saale-Zeitung.")

31. Sitzung vom 26. Januar, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite **Etats-Berathung.**

Der Etat des Reichstages wird nach unerheblicher Debatte bewilligt.

Beim Etat des Reichskanzlers bemerkt

Abg. Dr. **Barth** (ds.). Ich möchte hier mit einigen Worten auf unsere Handelsvertrags-Politik zurückkommen. Wir stehen ja, wie ich nicht weiter hervorzuheben brauche, auf dem Boden der Handels-Verträge. Die Vorgänge der jüngsten Zeit, namentlich die letzten Verhandlungen des preußischen Landtages, könnten aber geeignet sein, die öffentliche Meinung zu verwirren, und darum möchte ich diese Sache an einer Stelle zur Sprache bringen, wo sie thatsächlich hingehört, umsomehr als das preußische Abgeordnetenhaus doch nur in beschränktem Maße eine Volksvertretung genannt werden kann.

Man scheint in gewissen Kreisen darauf auszugehen, die Handelsvertragspolitik der Regierung zu diskreditiren, und die Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhause in den letzten Tagen zeigen, daß man eine Fortsetzung der Handelsverträge verhindern will, indem man es so hinstellt, als ob ein russischer Handelsvertrag die Noth der Landwirthschaft noch steigern wird. Solche Erörterungen rufen im Volke einen peinlichen Eindruck hervor. Es hätte erwartet werden müssen, daß der Finanzminister Miquel dem entgegengetreten wäre, er hat aber immer in platonischer Weise in die Debatte eingegriffen, wahrscheinlich um seine entente cordiale mit den Agrariern nicht zu stören. Uns muß aber daran liegen, daß nicht falsche Auffassungen im Volke verbreitet werden. Während die Agrarier die Handelsverträge als ein Unglück ansehen, ist es zweifellos, daß die gewerblichen Kreise durchweg mit den Handelsverträgen sehr zufrieden sind. (Sehr richtig! links. Abg. Graf **Kanitz**: Sehr unrichtig!)

Fast sämmtliche Handelskammerberichte begrüßen es mit Freuden, daß der von Fürst Bismarck eingeschlagene Weg verlassen worden sei, und daß man auch mit Rußland Verhandlungen angeknüpft habe. Selbst bisher extrem-schutzzöllnerische Handelskammern haben ihre Befriedigung über die Verträge ausgesprochen. Es handelt sich hier um eine nahezu einstimmige, ausgebildete Meinung der gewerblichen Kreise, die in den Handelskammern vertreten sind. Ja, viele Handelskammern wünschen ausdrücklich Verträge mit Rußland, Rumänien, Portugal und andern Ländern. Die Handelsverträge sind noch nicht ein Jahr alt, und man kann daher noch nicht statistisch ihren Erfolg überblicken. Später aber wird man im einzelnen nachweisen können, wie günstig die Handelsverträge auf die Entwickelung der Volkswirthschaft gewirkt haben.

Die Agrarier können nicht lebhaft genug die Noth der Landwirthschaft schildern. Alle Klagen beziehen sich aber nur auf die Interessen des Grundbesitzes, die sich nicht mit den Interessen der Landwirthschaft decken. Man sucht die Schädlichkeit der Verträge in dem Preisrückgange landwirthschaftlicher Produkte. Dieser Rückgang hat aber seinen Grund in den ausgezeichneten Erträgnissen des letzten Jahres gegenüber den schlechten der vorangegangenen. Dazu kommt noch allerdings die Einwirkung der Ermäßigung der Getreidezölle, die wir im Interesse der arbeitenden Bevölkerung mit Freuden begrüßt haben. Was ist das für eine Politik, die nur einseitig die Interessen eines einzelnen Standes wahrnimmt? Wie weit dieser Fanatismus gegangen ist, beweist ein Artikel in der „Kreuzztg.", enthaltend eine Zuschrift des Herrn v. Plötz, in der folgende Stelle aus einem Aufruf eines Herrn Ruprecht-Graudenz angeführt ist: „Ich schlage nichts mehr und nichts weniger vor, als daß wir (nämlich die königstreuen Konservativen) unter die Sozialdemokraten gehen, um die Regierung unsere Macht fühlen zu lassen." Dieser Aufruf steht in einer landwirthschaftlichen der Pflege der Thierzucht gewidmeten Fachzeitung. (Heiterkeit.) Also diese Zeitungen benutzt man schon für die Interessen der Agrarier. Die „Kreuzztg." bemerkt, daß der Aufruf Widerhall im Lande gefunden hätte, allerdings fügt sie hinzu, daß die eine Stelle etwas unvorsichtig gewesen sei. (Heiterkeit.) Herr v. Plötz meint nun in einem zweiten Artikel, das sei cum grano salis zu verstehen. (Heiterkeit.) Das ist vielleicht etwas von jener Demagogie der Konservativen, von der in letzter Zeit viel die Rede ist.

Ueber die Folgen der Handelsverträge äußert sich der gewiß unparteiische Professor Hilty in den „Schweizer eidgenössischen Jahrbüchern," daß der Abschluß der Handelsverträge seitens des Reichskanzlers von ganz Europa gebilligt worden sei, und daß dieser sich in seiner Politik, welche das Verhältniß zu den auswärtigen Mächten regele, seinem Vorgänger überlegen gezeigt habe. Von Frankreich war es ein grausamer Fehler, sich in einen Zollkrieg mit der Schweiz einzulassen. Die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Schweiz und Frankreich ist auf die im letztern herrschende schutzzöllnerische Richtung zurückzuführen. Handelsverträge befestigen das politische Verhältniß zwischen den einzelnen Staaten. Auf der interparlamentarischen Konferenz im vorigen Jahre wurde diesem Gedanken in der Rede eines auswärtigen Deputirten Ausdruck gegeben. Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung wünscht dringend den Abschluß von Handelsverträgen mit allen Staaten, mit denen wir in Verkehr stehen. Wenn es wieder zu einem Handelsvertrage kommt, so werden sich seine Gegner in derselben hoffnungslosen Minderheit befinden, wie bei den letzten Handelsverträgen.

Auch in Amerika ist eine baldige Aenderung nach freihändlerischer Seite zu hoffen. Es ist irrig zu glauben, daß die amerikanische Industrie durch den Uebergang zum Freihandel geschädigt werden würde. Das Gegentheil wird der Fall sein. Der Mac Kinley-Tarif ist das thörichste, was Schutzzöllner je geleistet haben. Der billige Bezug der Rohfabrikate wird die dortige Industrie stärken. In Amerika ist nicht, wie man glaubt, die Arbeit theurer, sondern billiger, nur die Löhne sind höher und die Arbeitszeit kürzer, aber durch die Ausbeutung aller maschinellen Erfindungen ist die Arbeitsleistung viel billiger als irgendwo in Europa. Wir werden in den nächsten Jahren eine große Konkurrenz mit den amerikanischen Produkten auf dem Weltmarkte bestehen müssen. Aus diesem Grunde werden wir uns recht viel Mühe geben müssen, werden wir Handelsverträge abschließen müssen, um alle Lasten abzuwerfen, die uns in dem großen Konkurrenzkampfe behindern. Deshalb billigen wir den vom Reichskanzler im vorigen Jahre eingeschlagenen Weg und hoffen, daß es dem Reichskanzler gelingen möge, neben den bereits erlangten Erfolgen auf dem Gebiete der Handelsvertragspolitik bei dem bevorstehenden Abschluß von Verträgen weitere Erfolge zu erringen. Daß, wenn er mit den Verträgen an den Reichstag kommt, der Reichstag dieselben mit großer Mehrheit annimmt, der festen Ueberzeugung bin ich. (Beifall links.)

Abg. **Graf Kanitz** (dkons.): Ich bedauere, daß im deutschen Reichstage über die gesetzgebenden Körperschaften anderer Staaten in so wegwerfender Weise gesprochen worden ist, wie das geschehen. (Rufe links: Wo?) Abg. Dr. Barth hat hier den Panama-Skandal hineingezogen. Er meinte ferner, der Mac Kinley-Tarif der Vereinigten Staaten sei das Thörichteste, was man sich denken könne. Es ist zu bedauern, daß hier im Reichstage mit Ausdrücken wie „thöricht" bezüglich der gesetzgebenden Körperschaften außerdeutscher Staaten herumgeworfen wird.

Ferner muß ich Herrn v. Plötz gegen die Insinuation in Schutz nehmen, als ob er den Aufruf des Herrn Ruprecht billige. Ich kann mir nicht anders denken, als daß Herr v. Plötz in einem Zusatze ausdrücklich bemerkte, daß er die Sätze des Herrn Ruprecht nicht billige. Dieser Artikel ist ein Zeichen der Stimmung im Lande, aber daß sich Herr v. Plötz, mein Fraktionsgenosse am andern Ende der Leipzigerstraße, die Anschauungen dieses Artikels zu eigen mache, bestreite ich. (Beifalls links.)

Der Abg. Barth hat vom preußischen Abgeordnetenhause gesagt, daß es nur in beschränktem Maße eine Volksvertretung genannt werden könne. Die traurigen Erfahrungen bei der Wahl Ahlwardt's, bei welcher ein massenhaftes Ausreißen der freisinnigen Wähler, ein Uebergang derselben zum Antisemitismus stattfand, sollte doch die Herren warnen, sich für das Reichstagswahlrecht zu begeistern.

Ich habe die besten Jahre meines Lebens dazu verwandt, um den Schutzzoll auf die Höhe von 5 M. zu bringen. Gegen die Handelsverträge habe ich nur mit schwerem Herzen gestimmt, weil ich mit der Regierung so lange gehe, bis sie Wege einschlägt, auf denen ich nicht folgen kann.

Daß die Handelskammern sich für die Handelsverträge ausgesprochen haben, ist leicht erklärlich, denn in ihnen sitzen hauptsächlich Vertreter des Handels, und diese haben von solchen Verträgen großen Nutzen. Aber daß unsere Industrie einen Nutzen gehabt hat, bestreite ich. Die letzte Handelsbilanz weist ein bedeutendes Minus auf, die Herabsetzung der Zölle hat nur eine vermehrte Einfuhr zur Folge gehabt. Ein oberschlesischer Industrieller hat ausdrücklich erklärt, daß die Handelsverträge nicht genützt, sondern eher geschadet haben. Die Produktionskosten sind so hoch, daß der deutsche Landwirth an jeder Tonne Roggen zusetzt und in eine verzweifelte Nothlage geräth. Wenn höhere Getreidepreise wären, so würden auch die Arbeiter etwas davon haben, denn sie würden mehr Arbeit finden.

Ueber den Handelsvertrag mit Rußland verzichte ich hier zu sprechen, da die Verhandlungen in der Schwebe sein sollen. Das aber möchte ich hervorheben, daß ich Gegner von Differentialtarifen bin. Bei den frühern Verträgen haben wir unsere Vortheile nicht in wünschenswerthem Maße wahrgenommen. Wenn wir auch nicht so weit gehen können, wie Frankreich gegenüber der Schweiz, so entschuldigt die Haltung Frankreichs nicht die unsrige. Herr Barth meinte, daß die Ausbreitung der Maschinen in Amerika dort die Arbeit verbillige. Was meint Herr Liebknecht dazu, der sich über die Verbreitung des Maschinenwesens bei uns beklagte und sogar meinte, die Maschinen sollten verboten werden. (Widerspruch des Abg. Liebknecht.) Sie wollen keine Großindustriellen. (Abg. Liebknecht: Verbieten Sie, daß es Großgrundbesitzer giebt!) Amerika fehlen gegenüber Frankreich die Rechte der meistbegünstigten Staaten. Demgegenüber erwähne ich die Thatsache, daß Amerika durch unsere Ermäßigung der Getreidezölle ein gutes Geschäft gemacht hat. Wir legen bei der ganzen Frage das Hauptgewicht darauf, daß der Zoll von 5 M. erhalten bleibt.

Herr Eugen Richter meinte in einem Artikel der „Freisinnigen Zeitung" vom Dezember 1891, daß man nicht die Wirkung der Handelsverträge überschätzen solle, daß der Nutzen nur in der geringen Ermäßigung des Getreidezolles und des Zolles auf Industriefabrikate bestehe, daß aber die Handelsverträge nicht geeignet seien, einen positiven Aufschwung des Exports herbeizuführen. Das ist die beste Kritik der Handelsverträge, die ich je gelesen habe.

Staatssekretär Frhr. **v. Marschall:** Auf die Frage, ob die Vereinigten Staaten und Frankreich mit ihrer ganzen Zollgesetzgebung ling gehandelt haben oder nicht, gehe ich nicht ein. Meines Erachtens haben diese Staaten die Ziele verfolgt, die sie von ihrem Standpunkte für nützlich erachtet haben. Unsere Sache ist es, aus diesem Verhältniß zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich die Konsequenzen zu ziehen, die wir in unserem Interesse für die richtigen halten. Die Haltung Frankreichs und der Vereinigten Staaten in ihrer Zollpolitik waren von einschneidender Bedeutung für die Vorarbeiten zu den Handelsverträgen.

Bezüglich des Vertrages mit Rußland habe ich zu erklären, daß in der That Besprechungen im Gange sind, die den Zweck verfolgen, ein handelspolitisches Verhältniß mit diesem großen Reiche anzubahnen. Man verlangt von uns dort nur die Konzession unseres Konventional-Tarifs, weiter ist nichts verlangt. Wir verlangen eine Ermäßigung des russischen Zolltarifs auf den Minimal-Tarif. Wenn sich Herr Graf Kanitz als Gegner jeder differentiellen Zollbehandlung bezeichnet hat, so gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß, wenn die Verhandlungen zu einem positiven Resultate führen, er auch für den Vertrag stimmen wird.

Ein Argument gegen die Handelsverträge ist immer, daß sie ungünstig gewirkt haben sollen, aber die Wirkungen lassen sich in dieser kurzen Spanne Zeit doch nicht übersehen; die Landwirthschaft muß sich doch erst einleben. Die Unterbilanz unseres Handels gegen das Vorjahr beweist nichts. Wir finden in den ersten zehn Monaten des Jahres 1892 eine Mehreinfuhr von Weizen im Betrage von 87 Millionen M. und eine Minderausfuhr von Zucker im Betrage von 32 Mill. M. Die Mehreinfuhr von Getreide ist aber nicht die Folge der Handelsverträge, sondern der schlechten Ernte. Auf den Zucker kann aber der Handelsvertrag überhaupt keine Wirkung gehabt haben, da er bei den Verträgen gar nicht in Betracht kam.

Die Polemik gegen unsere Handelsverträge beruht auf einer Verkennung und Ignorirung der handelspolitischen Situation, aus der die Handelsverträge hervorgegangen sind. Es wird so dargestellt, als ob wir ein wohlerworbenes Recht auf die bestehenden Verhältnisse gehabt hätten, und da sei plötzlich aus Ungeschicklichkeit das schöne Dasein gestört, und wir hätten einen schlechtern Zoll eingeführt. Es liegt ja in der menschlichen Natur, daß, wenn die Gefahr vorbei ist, man sich derselben nicht mehr erinnert, und an Stelle der Sorge die Kritik tritt.

Wie war denn die Situation? Wir waren im Besitze unserer Zölle und hatten davon sehr wenig Gebrauch gemacht. Wir haben den Schutz der Meistbegünstigung gehabt und dabei sehr gute Geschäfte gemacht, so lange die Exportstaaten so freundlich waren, unter sich Verträge abzuschließen und ihre Zölle so weit herabzusetzen, als uns genügte, um unsern Export zu erhalten. Als aber das autonomische System immer mehr Boden gewann, da mußte die Neigung der Exportstaaten abgeschwächt werden, uns die Möglichkeit zu einem weitern Export zu gewähren. Als die Schutzzollpolitik die Oberhand gewann am Ende der achtziger Jahre, wurde die Meistbegünstigung ein werthloses Blatt Papier, und wenn wir nicht Schritte dagegen thaten, so war der nationale Export der Willkür der Gesetzgebung der fremden Staaten anheimgegeben. (Sehr richtig! links.)

Wir hatten die Wahl, Tarifverträge zu schließen, nach dem Prinzipe do ut des Konzessionen zu erkaufen oder unsere Autonomie zu wahren und abzuwarten. Für den Vorredner ist die Erhaltung des Zolles auf der Höhe von 5 M. der entscheidende Punkt. Das ist ein großes Wort gelassen ausgesprochen. Das heißt nichts anderes als: laßt uns den Zoll von 5 M., was im übrigen aus unserem Export wird, geht uns nichts an. (Sehr richtig! links.)

Die deutsche Ausfuhr gehört ebenso zur nationalen Produktion wie die Landwirthschaft. Es sind 3 Milliarden deutscher Arbeit, um die es sich bei den Tarifverträgen handelt. Unsere Ausfuhr ist nicht blos wirthschaftlich, sondern auch sozialpolitisch ein wichtiger Faktor. Diesen Theil der nationalen Arbeit preiszugeben, hätte ein Aufgeben des Grundgedankens von 1879 bedeutet. Die Unterscheidung zwischen Grundbesitz und Landwirthschaft, die Herr Barth macht, erkenne ich nicht an. Wenn es dem Grundbesitz schlecht geht, kann es der Landwirthschaft nicht gut gehen. Die Anhänger der Getreidezölle behaupten von diesen immer, daß sie eine regulirende Wirkung ausüben. Die These, welche Wirkung der Zoll hat, kann überhaupt nicht zahlenmäßig entschieden werden. Wenn infolge geringen Angebots die Preiskonjunktur eine steigende ist, so hat der Getreidezoll die Neigung, voll zur Ausnutzung zu kommen. Wenn die Konjunktur nach unten geht, dann übt der Getreidezoll eine regulirende Wirkung aus, aber die Frage der Höhe läßt sich nicht entscheiden.

Vor zwei Jahren wurden wir veranlaßt, uns mit der Frage der provisorischen Aufhebung der Getreidezölle zu befassen. Wenn diese provisorische Aufhebung erfolgt wäre, so hätte man ein Präcedenz geschaffen, welches auf die Dauer von der nachtheiligsten Wirkung für die Landwirthschaft gewesen wäre. Sie (rechts) beschweren sich, daß so viele spekulative Momente den Getreidemarkt beherrschen. Wenn Sie den Getreidezoll auf der Höhe erhalten, daß er einer einzigen Mißernte nicht standhalten kann, so tragen Sie durch Beibehaltung dieser Höhe ein neues Moment in die Spekulation, das für die Landwirthschaft in hohem Maße verderblich ist. Wir haben bei den Handelsvertragsverhandlungen nicht gefragt, welche Vortheile wir der Industrie zuzuwenden haben, sondern welche Nachtheile wir hintanzuhalten haben, die sonst nach dem 1. Febr. 1892 nach dem Ablauf der alten Handelsverträge eingetreten wären. Es ist ganz eigenthümlich, wenn man jetzt nach den Vortheilen fragt. Mit dem schweizerischen Handelsvertrage haben wir thatsächlich kein schlechtes Geschäft gemacht. Verlangen Sie, daß wir unsern Nachbarstaaten nichts geben, daß diese uns aber Geschenke geben? Einen Vortheil hat die Industrie zweifellos von den Handelsverträgen, nämlich den der Stabilität. (Beifall links.) Ich bin dem Vorredner dankbar, daß er die Frage der Handelsverträge zur Debatte gebracht hat. Denn das gab uns Veranlassung zu zeigen, daß die Handelsverträge politisch und wirthschaftlich günstig gewirkt haben. (Beifall links.)

Abg. **Rickert** (dfr.): Ich hoffe, daß die Angriffe auf den preußischen Landwirthschaftsminister ohne Erfolg sein und die Regierungen den in den Handelsverträgen eingeschlagenen Weg fortsetzen werden. Die Konservativen haben uns im Abgeordnetenhause eine Diskussion über die Ohren gezogen, von der wir keine Ahnung hatten. Wir konnten nicht annehmen, daß beim Domänen-Etat diese Erörterungen kommen würden. Hier ist der Boden für die Herren nicht so günstig.

Graf Kanitz meint, wir sollten in uns gehen, die Erfahrungen bei der Wahl Ahlwardt's müßten uns das nahelegen. Wie kann Graf Kanitz das sagen, der aus einer Partei hervorgegangen ist, die für Ahlwardt gestimmt hat, die in jenem Wahlkreise einfach vom Boden verschwunden ist? Wir werden ja sehen, wo die konservative Partei in Liegnitz bleibt, ein schattenloses Wesen. (Heiterkeit.) Gegenüber der Vertheidigung des Herrn v. Plötz durch den Grafen Kanitz führe ich nur an, daß dieser Herr v. Plötz Vorsitzender des antisemitischen Bauernbundes ist. Ich werde im Abgeordnetenhause darauf zurückkommen.

Infolge der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses ist es Ihnen gelungen, auf den Landwirthschaftsminister eine Pression in der Richtung auf die Erhöhung der Getreidezölle auszuüben. Heute wird Ihnen ein solcher Versuch nicht mehr gelingen. Das beweisen die letzten Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhause. Der Minister hat Ihnen ausdrücklich gesagt, daß er nicht willens ist, darauf einzugehen.

Das angebliche Schlagwort von der gesegneten Ernte stammt aus der Thronrede. Dies Wort ist vollkommen in unserem Sinne, denn es entspricht den Thatsachen. Diese Thatsachen müssen Sie anerkennen, so lange sie nicht das Gegentheil beweisen können. Daß einzelne Gutsbesitzer schlechte Ernten gehabt haben, beweist gar nichts.

Das Eigenthümlichste ist, daß Graf Kanitz eine große Rede gegen die Handelsverträge hält und hinzufügt, er sei ein Gegner der Differentialzölle.

Ich will auf den Handelsvertrag mit Rußland nicht näher eingehen. Aber wie kommt Graf Kanitz dazu, seine Kollegen im Abgeordnetenhause hier zu decken, wo doch Frhr. v. Minnigerode sogar meinte, wir würden mit dem russischen Handelsvertrage unseren schlimmsten Gegner stärken. Er hat einen solchen Handelsvertrag mit Rußland fast als Landesverrath bezeichnet.

Das war stark aufgetragen, es war nur der Ausdruck des Schmerzes. Herr v. Minnigerode hat den preußischen Landwirthschaftsminister geradezu zum Abtritt aufgefordert. (Stürmische andauernde Heiterkeit.)

Mit den unersättlichen Agrariern ist überhaupt nichts anzufangen. Mit jeder neuen Zollerhöhung ist ihr Verlangen stärker geworden. Jetzt sind sie wütend, daß ihre Unersättlichkeit nicht weiter befriedigt werden kann, daß eine Barriere gegenüber den agrarischen Gelüsten gezogen ist. Dieses ewige Bohren der Agrarier muß endlich einmal ein Ende haben. Die Handelsverträge sind uns deshalb besonders werth, weil sie von Ihnen (rechts) getadelt werden. Handelsverträge allein können an sich nicht das Glück einer Nation machen, aber sie fördern den internationalen Verkehr und erfüllen eine Kulturmission. Im Osten sind wir von nichts mehr überzeugt als daß die Barriere zwischen Deutschland und Rußland beseitigt werden muß. Wir haben ein entschiedenes Interesse daran, uns in wirthschaftlicher und politischer Hinsicht mit unserm östlichen Nachbar besser zu stellen. Es ist ein Vergehen gegen die Interessen der Heimath, wenn die Landwirthe sich jetzt gegen einen Handelsvertrag auflehnen, der für unsere Heimath ein vitales Interesse hat. Ich schließe mit dem Wunsche, daß es gelingen möge, diesen Handelsvertrag zustande zu bringen. (Beifall links.)

Abg. Dr. **v. Frege** (kons.): Ich verwahre mich dagegen, als ob die rechte Seite diese Diskussion heraufbeschworen hat. Gegenüber der Behauptung, daß die deutsche Landwirthschaft von unserem Verhältnisse dem Auslande gegenüber abhängig ist, bemerke ich, daß die deutsche Landwirthschaft noch Kraft genug hat, auf sich selbst zu stehen. Sie hat den Anspruch, als die Nährmutter aller übrigen Stände erst gehört zu werden. Agrarier werden existiren, so lange die Landwirthschaft noch eine Bedeutung hat, so lange sie noch die hohe Mission erfüllt, daß Land unabhängig zu machen von der Lebensmittelzufuhr des Auslandes. So lange wir noch keine Reform des Unterstützungswohnsitzes, noch keine andere Währung haben, wird es Agrarier geben. Wären die heutigen Ausführungen des Staatssekretärs früher gekommen, dann würde sich nicht eine solche Mißstimmung in weiten landwirthschaftlichen Kreisen gebildet haben. Diese Mißstimmung ist durch eine Kette von Mißverständnissen hervorgerufen. Ich bin auch der Ansicht, daß ein fester Schutzzoll von 3,50 Mark, der auf 12 Jahre garantirt ist, besser ist als einer von 5 Mark, der uns eines Tages ganz entschwinden kann.

Bedauerlich ist die Haltung der Regierung in der Währungsfrage. Nicht einmal die Forderung einer Enquête ist berücksichtigt worden. Wo die Regierung in der Lage ist, positive Schritte zur Hebung der Landwirthschaft zu thun, da werden wir nicht ablassen, in sie zu drängen. Ich hoffe, daß die russische Industrie noch so viel Einfluß auf die russische Regierung haben wird, daß der Handelsvertrag mit Rußland nicht zustande kommt. Die Handelswelt weiß sich immer zu helfen, die Regierung sollte nun auch einmal dafür sorgen, daß der Landwirthschaft geholfen wird. Wir vertreten hier nicht allein Sonderinteressen, sondern sind bereit, zur Erhaltung der nationalen Wehrkraft im allgemeinen Interesse Opfer zu bringen. (Beifall rechts.)

Abg. **Wilbrandt** (dfr.): Die Herren von der Rechten deduzieren den Nothstand der Landwirthschaft aus den Getreidepreisen und aus den Handelsverträgen. Würden Ihnen denn die Preise genügen, wenn Sie die kleine Differenz von 1,50 M. addiren? Gerade weil unter dem Schutzzollsystem die Getreidepreise oft sehr gesunken sind, sollten Sie diesem System die Schuld an dem niedrigen Preise geben. Welcher wirthschaftlichen Einrichtung wollen denn die Herren die Nothlage der Landwirthschaft zuschreiben! Man soll doch die Zeit seit 1859 einmal ins Auge fassen. Die Handelsbilanz ist schon sehr lange ungünstig, und wenn ich auch keinen großen Werth auf dieselbe lege, so sind doch die Zahlen des letzten Jahrzehnts lehrreich. Die letzten fünf Jahre zeigen einen relativen Rückgang der Landwirthschaft im Vergleich zur Bevölkerungsziffer.

Wenn die Ausfuhr der industriellen Erzeugnisse sich von Jahr zu Jahr vermindert, dann wird niemand die Nothlage des Landes

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18930127023/fragment/page=0001

leugnen. Eine Kette reißt da, wo sie ihr schwächstes Glied hat. Die Produktion hat alles gethan, um sich Absatz zu schaffen. Wir haben immer vorausgesagt, daß, was wir vormachen, die andern Länder nachmachen, und so ist es auch gekommen. Schließlich fehlte es uns ganz an Absatz. Sie mögen den Zoll noch so erhöhen, sie werden eine Aenderung der landwirthschaftlichen Verhältnisse nicht erleben. Die Getreidepreise stehen heute auf demselben Standpunkte wie 1878. Der Zoll hilft in diesen Dingen gar nichts. Alle Berufszweige sind gleich werth, und man kann nicht sagen, daß der eine prävalirt. Es muß eine Harmonie der Interessen herrschen. Die Schutzzollpolitik hat aber einseitige Interessen berücksichtigt und andere verletzt. Die Landwirthschaft ist ein hoher und segensreicher Beruf, aber die Klagen über die Noth der Landwirthschaft haben nur den Erfolg, daß, wenn einmal ein paar Kollegen bei einer Flasche Rothwein zusammensitzen, das Volk sagt: da sitzen ein paar nothleidende Landwirthe. (Heiterkeit.) Aus einem Berichte über die Entwickelung der Gräfl. Stolberg'schen Güter ergiebt sich, daß die Landwirthschaft in zwei Jahrhunderten große Fortschritte gemacht hat, daß die Grundrente größer geworden ist, und sie ist gerade am größten gewesen in dem Jahrzehnte, in dem die Klagen am lebhaftesten waren.

Abg. **v. Schalscha** (Ctr.) Die Rede des Vorredners hat gezeigt, daß es noch einen Menschen giebt, der nicht weiß, daß die Währungsfrage mit den Handelsverträgen in Zusammenhang steht. (Lachen links.) Die Handelsverträge führen, so lange wir von den Rubelschwankungen abhängen, niemals zur Stabilität. Die Verhältnisse sind gerade seit der Einführung der Handelsverträge unerträglich, und eine Versumpfung des ganzen Geschäftslebens ist eingetreten.

Abg. Dr. **Barth** (dfr.): Die Herren führen alles auf die Währungsfrage zurück. Wissen Sie denn nicht, daß man sich in Amerika seit einem Jahre damit beschäftigt, wie man wieder zu einer vernünftigen Währung, zur reinen Goldwährung kommen kann?

Graf Kanitz beklagt meine Charakterisirung auswärtiger Parlamente. Die Amerikaner werden überrascht sein von dem milden Urtheil, das ich über sie gefällt habe. Thöricht ist wirklich milde. „Diebisch, verbrecherisch" sind die Bezeichnungen, mit denen sie von anderer Seite belegt worden sind. Das amerikanische Volk hat ja auch mit überwältigender Mehrheit dieses System verworfen. Was nun Leroy-Beaulieu betrifft, so hat mich Graf Kanitz mißverstanden. Ich habe damals gesagt: „Es ist auch kein bloßer Zufall, daß der einzige Mann unter den angesehenen Persönlichkeiten in Frankreich, die bei dem ganzen Spektakel erhobenen Hauptes dastehen, der Führer der Freihandelsschule in Frankreich, Leroy-Beaulieu, ist. Das ist der Mann, der seit länger als einem Jahre darauf hingewiesen hat, hier bahne sich ein großer Schwindel an und es werde nothwendigerweise ein furchtbarer Krach die Folge sein. Das konnte Leroy-Beaulieu nur sagen auf Grund seiner freihändlerischen Ansicht."

Abg. **Graf Kanitz** (konf.): Gegenüber dem Abgeordneten Barth verweise ich auf unparteiische Berichte aus Zeitungen, die auf der Journalistentribüne aufgenommen sind. Die amtliche Statistik bezeugt das Gegentheil von dem, was Abg. Barth gesagt hat. Ich erinnere daran, daß die „Freisinnige Zeitung" den schweizerischen Generaltarif als Popanz bezeichnet hat, mit dem man uns habe schrecken wollen. Diesen Generaltarif hat der Staatssekretär vorhin angeführt.

Staatssekretär Frhr. **v. Marschall:** Wenn jemals eine Behauptung durch die Ereignisse widerlegt worden ist, dann ist es die Bemerkung der „Freisinnigen Zeitung." Die Schweiz hat uns die Meistbegünstigung gewährt, und wir sind in der Lage gewesen, unsere nationale Arbeit zu schützen.

Abg. Dr. **v. Frege** erklärt, daß in Amerika der Präsident Cleveland gegen eine Silberentwerthung eingetreten sei. Würde die Entwerthung, wie Abg. Barth wolle, eingeführt, so würde das auch für die deutsche Landwirthschaft von großem Schaden sein.

Abg. Dr. **Barth**: Die Silberfrage ist die wichtigste Frage in Amerika, und die Stimmung nimmt überhand, die Silberankäufe zu sistiren und aufzuheben. Am deutlichsten gab dieser Stimmung der Präsident Cleveland Ausdruck. Es muß mich wundern, daß Graf Kanitz seinen Vorwurf nicht zurückgenommen hat, nachdem ich den stenographischen Text meiner Rede vorgelesen habe. Graf Kanitz liest immer aus der „Freisinnigen Zeitung" vor, er behandelt diese Zeitung so wie wenn sie eine Art Bibel wäre. In dem von mir herausgegebenen Blatte hätte er ebenfalls lesen können, daß man sich bezüglich der Wirkung der Handelsverträge keiner Illusion hingeben dürfe. Ich verlangte darum, daß die Regierung noch weiter gehen solle.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird der Etat des Reichskanzlers bewilligt.

Darauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 1 Uhr (Etat des Reichsamts des Innern).

Schluß 5½ Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom 26. Jan., 11 Uhr.

Die zweite **Etats-Berathung** wird mit dem Etat der Justizverwaltung fortgesetzt.

Abg. **Goßmann** (Centr.) beklagt die Zuertheilung der Stadt Hanau zum Oberlandesgerichtsbezirk Kassel, was infolge der lange an der Grenze des Bezirkes bereits zur Errichtung einer detachirten Strafkammer geführt habe. Man möge Hanau dem Bezirke von Frankfurt a. M. zuertheilen.

Abg. **Bödiker** (Centr.) bemängelt die verschiedenartige Festsetzung der Feiertage in den verschiedenen Landestheilen und bittet die Frage in Erwägung zu ziehen, weshalb den Richtern an einzelnen Orten der Eintritt in die Vereinigungs-Kommissionen für Einkommensteuer versagt worden sei.

Geheimer Rath **Bierhaus** erwidert, daß die Versagung der Erlaubniß nur in den Fällen erfolgt sei, wo es sich um Richter handele, die Grundbuch- und Vormundschaftssachen bearbeiten, weil das Vertrauen des Publikums in diesen Fällen zur Geheimhaltung der Vermögensverhältnisse erschüttert werden könne. Die Festsetzung der Feiertage welche nur in geringen Fällen von einander ab.

Abg. **Imwalle** (Centr.) spricht sich, obwohl die Sache vor den Reichstag gehöre, gegen die Einführung der Berufung in Strafsachen aus.

Auf eine Anfrage des Abg. **Lotichius** (lib. bei k. Frakt.) erklärt

Geheimer Rath **Bierhaus**, daß die Bedingungen für Civil- und Militäranwärter bei Beförderung zum Gerichtsschreiber die gleichen seien, abgesehen davon, daß die letztern das Zeugniß zum einjährigen Dienst nicht zu haben brauchten. Die Militäranwärter hätten sich in dieser Stellung bewährt.

Die Anregung des Abg. **Naddyl** (Centr.), die Gerichtsassistenten im Gehalte aufzubessern, wird vom

Geheimen Rath **Lehnert** damit zurückgewiesen, daß man eine einzelne Beamtenklasse nicht exceptionell behandeln dürfe.

Abg. **Eckels** (natlib.) weist darauf hin, daß die Assistenten auf der gleichen Stufe mit den schon aufgebesserten Kanzlisten stehen und deshalb nicht auf die allgemeine Aufbesserung vertröstet werden dürfen.

Geheimer Rath **Bierhaus** erklärt die thatsächlich vorhandene Vernachlässigung aus der Finanzlage, die durch die Möglichkeit des Aufsteigens zum Gerichtsschreiber bei den Militäranwärtern überdies gemildert werde.

Abg. **Mottu** (Pole) regt die Verbesserung der polnischen Dolmetscher-Gehälter und der entsprechenden Pensionen an.

Geheimer Rath **Bierhaus** entgegnete, die Dolmetscherzulage richte sich nach der Größe des Gerichtsbezirks und der Schwierigkeit der Stellung.

Abg. **Lerche** (freis.) spricht sein Bedauern darüber aus, daß der oft geäußerte Wunsch nach Aufbesserung der Gerichts-Assistenten in diesem Etat nicht in Erfüllung gegangen sei.

Geheimer Rath **Lehnert** wiederholt, daß die Mittel zur Aufbesserung nicht gereicht hätten.

Abg. Frhr. **von Minnigerode** (konf.) erkennt gleichfalls das Bedürfniß nach Aufbesserung der Gerichtsassistenten an.

Abg. **von Schalscha** (Ctr.) verlangt, daß bei den Richtern möglichst auf Sprachkenntniß gesehen werde.

Abg. **von Czarlinski** (Pole) tritt diesen Ausführungen bei.

Abg. **Szmula** (Ctr.) beleuchtet unter Hinweis auf die oberschlesischen Verhältnisse die Mißstände, welche sich daraus ergeben, daß weder Richter noch Dolmetscher genügend des Polnischen mächtig seien.

Abg. **Lerche** (dfr.) führt Beschwerde, daß die außerordentlichen Renumerationen nicht immer gleichmäßig vertheilt würden.

Abg. **Ludowieg** (nl.) verlangt Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes in Harburg.

Geheimrath **Starcke** erklärt, der Umbau sei nur deshalb nicht erfolgt, weil die nöthigen Geldmittel fehlten.

Der Justiz-Etat wird hierauf unverändert genehmigt.

Die der Kommission überwiesenen Theile des Domänenetats werden ohne Erörterung genehmigt,

Es folgt der Forstetat.

Dazu beantragt die Kommission eine Resolution, die Forstverwaltung möge zur Anlage von Kleinbahnen, die in ihrem Interesse liegen, aber ohne ihren Hinzutritt nicht gut geführt werden würden, die erforderlichen Mittel ertheilen.

Auf eine Anfrage des Abg. Frhr. **v. Minnigerode** (konf.) erwidert

Oberforstrath **Donner**, die Erträge aus Werkholz betrügen 46 10/100 Prozent.

Abg. **Schultz**-Lupitz (fk.) weist auf die Kalamität durch den Nonnenschaden hin und verlangt eine Anweisung, daß, wo die Nonne vorkomme, abgeholzt werde. Vielleicht könne auch die Streu, in welcher sich die Nonne besonders aufhalte, verkauft werden.

Geh. Rath **Donner** bezweifelt das Vorkommen des Nonnenschmetterlings in der Streu. Die Nonnenkalamität sei in den preußischen Forsten in der Abnahme begriffen, doch würde keine Schutzmaßregel außer acht gelassen werden.

Abg. **v. Benda** (nl.) bittet um Gehaltserhöhung der Forsträthe.

Abg. **Korsch** (konf.) bemängelt, daß die Feldjäger einen Vorzug vor den Civilanwärtern genössen.

Landwirthschaftsminister **v. Heyden** erklärt, daß, wenn das Verhältniß zu ungünstig werden sollte, die Sache in Erwägung gezogen werden würde.

Abg. **Ploetz** (konf.) weist auf die schlechte Lage der Forstaufseher hin.

Minister **v. Heyden** verspricht, wenn angängig, Aufbesserung dieser Beamten.

Frhr. **v. Minnigerode** (konf.) befürwortet Annahme der Resolution.

Minister **v. Heyden** hält die Resolution zwar nicht für nothwendig, aber für nicht unerwünscht.

Finanzminister Dr. **Miquel** erklärt sich gleichfalls für die Resolution.

Abg. **Schultz**-Lupitz (fk.) weist auf die bedeutende finanzielle Wirkung der Kleinbahnen hin.

Abg **Bödiker** (Ctr.) meint, man könne die erforderlichen Mittel in Form eines Dispositionsfonds gewähren.

Abg. **Grimm** (nl.) macht darauf aufmerksam, daß die Kosten für die Forstakademie Münden mit ihren 14 Zöglingen zu hoch seien. Es kämen auf jeden Zögling 5000 Mark Kosten. Vielleicht könne die Akademie mit einer westdeutschen Universität vereinigt werden.

Abg. **Eckels** (nl.) bittet, aus einem augenblicklichen Rückgang nicht allgemeine Schlüsse zu ziehen.

Abg. Dr. **Seelig** (dfr.) bittet um bessere Lehrkräfte für Münden.

Minister **von Heyden** meint, man dürfe sich durch die zurückgegangene Frequenz nicht beeinflussen lassen, denn die Gründe, welche zur Errichtung der Akademie Münden geführt hätten, blieben noch bestehen.

Der Forstetat und die von der Kommission vorgeschlagene Resolution werden angenommen, desgleichen ohne Erörterung die Etats-Rente des Kronsidekommißfonds, Zuschuß zur Rente des Kronsidekommißfonds.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr. (Etat, darunter Ministerium des Innern.)

Schluß 3 Uhr 15 Min.

Berliner Börse vom 26 Januar.

Die **Nachbörse** schloss befestigt auf Diskontherabsetzung in London. Fonds anziehend. Lokalwerthe gut preishaltend. Prince Henrybahn besser. Lombarden und leitende Banken fest. Am **Kasamarkt** waren höher: Deutsche Bank, Diskonto-Ges., Maklerbank, Krefelder Eisenbahn, Eutin-Lübecker, Prince Henrybahn, Werrabahn, Ascania chem. Fabrik, Berliner Neustadt, Breslau Linke, Chemnitzer Baugesellschaft, Elberfelder Farben, Görlitz Lähden, Hansa Dampfschiffahrt, Brauerei Hilsebein, Kapler Maschinen, Brauerei Königstadt, Neuss Wagenbau, Brauerei Pfeifferberg, Schultheissbrauerei, Spandauer Bergbauerei, Titels Kunstöpferei, Bochum Bergwerk C., Dux-Kohlen, Harpener, Nordstern Bergbau, Pluto, Oberschlesische Eisen-Industrie. **Niedriger** notirten: 4proz. Konsols, 3½proz. do., Börsen-Handels-Verein, Aachen-Mastrichter Eisenbahn, Krefeld-Uerdinger-Eisenbahn, Mainzer, Allgem. Elektr.-Gesellschaft, Brest & Co., Kasseler Federstahl, Patzenhofer Brauerei, Oberschles. Chamotte, Berzelius, Concordia, Konsolidation, Donnersmarckhütte, Eschweiler, Gelsenkirchen, Hibernia, Märk.-Westfälisches Bergwerk, Mechernicher. Deutsche Staatsfonds vereinzelt etwas billiger, ebenso fremde Werthe. Ungarische 4proz. Kronen-Anleihe 92⅝ pr. ult. Februar. Prioritäten hielten sich meist unverändert. Privatdiskont 1⅝ Proz.

Produktenmarkt. In **Weizen** sind Termine anfänglich billiger gehandelt worden, nachdem aber die Angebote gegenüber der Kauflust unzureichend waren, trat eine Erholung ein, wodurch sich die gestrigen Schlusspreise reichlich heranbrachten. **Roggen** auf Deckungen für laufenden Monat höher, worauf spätere Sichten um ⅛ M. anzogen. **Hafer** wenig verändert. **Spiritus** schloss in allen Terminen um 20 Pf. höher als gestern.

Kursnotirungen

vom 26. Januar.

(Ergänzungs-Kursliste zu den telephonisch übermittelten Notirungen im gestr. Abendblatt.)

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Bad. Stats-Eis.-Anl.	4	— —	
Bairische Anleihe	4	107,00bz	
Kurhess. P.-Sch. à 40T.	—	405,50B	
Bad. Präm.-Anl. 1867	4	141,20B	
Baierische Präm-Anl.	4	143,90bz	
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	104,60bz	
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3½	134,10bz	
Dessauer St.-Pr.-Anl.	3½	— —	
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	136,90B	
Lübecker	3½	130,25G	
Meininger 7 fl-Loose	—	26,70B	
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	127,90bz	

Ausländische Fonds.

Finnländische Loose	—	58,90bz	
Freiburger 15 Frcs.-L.	—	35,25G	
Italien. Nath.-Pfd. stfr.	4	95,40G	
Kopenhag. Stadt-Anl.	3½	92,50G	
Mailänder 10 Lire-Loose	—	19,40bz	
Oesterr. Papier-Rente	4⅕	62,60bz6	
do. Cred. 100, 58.	—	— —	
do. 1860er Loose	5	128,50bz2	
do. 1864er Loose	—	335,00B	
Russ. Poln. Schatz-Obl.	4	95,50bz	
do. Präm.-Anl. 1864	5	157,50bz	
do. do. 1866	5	148,30bz	
Spanische Ext.	4	64 —	
Türkische Anleihe	1	— —	
do. Administr.	5	90,20bz	
do. Zoll-Obslig.	5	— —	
do. 400 Frcs.-Loose	—	88,90bz	
Ungarische Gold I.-A.	5	101,30bz6	
do. Grundentl.-Obl.	4	81,25G	
Türk. Tab.-R.-A. abg.	1⅕	— —	

Deutsche Hypoth-Pfandbriefe

Anhalt-Dessauer Pfdbr.	4	101,75G	
Deuts. Gr.-Kr.-Präm. L.	3½	112,50G	
do. II. Abth.	3½	107,60G	
D. Gr.-K.-B. III, IIIa u. IIIb	3½	98,75G	
D. Gr.-K.-B. IV. rz. 110	3½	98,75G	
do. V. rz. 100	3½	93,75G	
do. VI. rz. 100	4	102,25bz6	
Deuts. Grundsch.-Obl.	4	102,00bz6	
do. do. do.	3½	97,10bz6	
Deuts. Hyp.-B.-Pfdbr.	4	102,50bz6	
Hamb. Hyp. rzb. à 100	4	101,00bz	
do. unkdb. bis 1900	4	102,70bz	
Meininger. Hyp.-Pfdb.	4	101,10G	
do. II. unkdb. bis 1900	4	102,70G	
do. Präm.-Pfdbr.	4	131,00G	
Nordd.-Gr.-Cred. Pfdb.	4	101,50bz6	
Pfalz. Hyp.-Bk.-Pfdbr.	3½	97,30bz6	
Pomm. Hyp.-B. III. IV. neue rz. 100	4	102,00bz6	
do. V., VI. b. 1900 unk.	4	102,50bz6	
P.B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	113,60G	
do. III., V. u. VI. rz. 100	5	108,00G	
do. VII. VIII. IX. rz. 100	4	101,00bz	
do. XIII. rz. 100	4	102,80B	
do. XI. rz. 100	3½	96,00B	
Pr. Centrb.-Pfdb. rz. 100	4	101,40G	
do. do. 1890	4	103,00bz6	
do. do.	3½	95,80bz6	
Pr. Centr.-Komm.-Obl.	3½	95,60bz6	
Pr. Hp.-A.-B. VI. rz. 110	5	— —	
do. div. Ser. rz. 100	4	102,00bz6	
do. do. rz. 100	3½	97,50bz6	
Pr. Hp.-V.-A.-G. Certif.	4½	100,20G	
Rhein. Hyp.-Pfdb. 1890	4	100,80G	
do. do.	3½	96,00B	
Schles. B.-C.-B. rb. à 110	5	— —	
do. do. do.	4½	111,50G	
do. Bodenkredit	4	102,10G	

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Baltische (gar.)	3	66,50B	
Buschtiehrader B.	10½	— —	
Halberst.-Blankenb.	4½	102,20bz	
Ital. Meridional-Eb.	7⅕	124,75bz	
Jura-Simpl. kv. Westb.	0	— —	
Krefelder	4	64,25bz6	
Krefeld-Uerdinger	0	61,00bz6	
Eutin-Lübeck	4½	44,20bz	
Frankfurt Güterb.	4½	67,75bz	

Deutsche Eisenb.-Stamm-Prioritäten.

Breslau-Warschau	13/90	53,25bz	
Dortmund-Gronau-E.	4½	113,80G	
Marienb.-Mlawkaw	5	107,40bz6	
Ostpreuss. Südbahn	5	106,50bz	
Saalbahn	3½	90,50G	
Weimar-Gera	3 2/3	84,40bz	

Ausländ. Eisenb.-Stamm- u. Stamm-Prior.-Aktien.

Albrechtsbahn (gar.)	1	40,25G	
Raab-Oedenb.	½	24,40bz	
Reichenb. Pardubitz	3½/21	82,00bz	
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	85,40bz	
Ital. Meridionaux	7⅕	124,70bz	
do. Mittelmeerb. stfr.	5	100,00bz	

Eisenb.-Prior.-Obligationen.

Berg.-Märk. III. A. B.	3½	99,50G	
do. III. C.	3½	99,50G	
Braunschweigische	4½	— —	
Lübeck-Büchengarant.	4	— —	
Magdeburg-Wittenb.	3	89,25G	
Mainz-Ludw. 68-69 gar.	4	— —	
do. 75, 76 u. 78	4	102,75G	
do. 1874	4	102,75G	
Mecklenb. Friedr. Frzb.	3½	98,60G	
Oberschles. Lit. E.	3½	99,50B	
Ostpreuss. Südbahn	4½	— —	
Saalbahn	3½	— —	
Weimar-Gerser	4	— —	
Albrechtsbahn	5	— —	
Böhm. Nordb. G.-Obl.	4	100,40bz	
Buschtehrader G.-Obl.	4½	103,20G	
Dux-Bodenbacher II.	5	— —	
do. III.	5	— —	
do. Silb.-Pr.	4	81,80G	
do. Gold-Pr.	4	101,25B	
Dux-Prager Gold-Obl.	5	106,50G	
Galiz. Karl-Ludw. 1881	4½	81,90G	
Ital. Eis.-Obl. v. St. gar.	3	56,90bz6	
Kasch.-Oderb. Gold-89	4	97,50G	
do. Silb. Pr. 89	4	82,00B	
Kronprinz-Rudolfsb.	4	82,15G	
do. (Salzkammergut)	4	101,25bz6	
Lemberg-Czernowitzer	4	81,80B	
Oest.-Frz. Staatsb., alte	3	82,40G	
do. 1874	3	79,60G	
do. 1885	3	78,60G	
do. Ergänzungsn.	3	79,75G	
do. Gold-Pr.	4	101,50G	
Oesterr. Lokalbahn	4½	— —	
do. Nordwestbahn	5	92,80G	
Pilsen-Priesen	4	— —	
Südöster. Bahn (Lomb.)	3	64,00G	
do. Obligationen	5	104,75G	
Ungar. Nordostbahn	5	85,25bz6	
do. do. Gold-O.	5	101,60bz6	
do. Eiserb.-Silb.-A.	4½	86,25G	
Gr. Russ. Eisenb.-Ges.	3	— —	
Ivangorod-Dombrowo	4½	101,10B	
Koslow-Woron. 1889	4	92,70bz	
Kursk-Chark. Asow 89	4	92,70bz	
Kursk-Kiew	4	93,75bz	
Mosco-Kursk	4	98,00B	
Mosco-Rjäsan	4	95,00bz6	
Mosco-Smolensk	5	102,00bz	
Rjäsan-Koslow	4	93,60bz6	
Rjaschk.-Morczansk	5	101,40bz	
Rybinsk-Bologoye	5	91,75B	
Russ. Südwestbahn	4	95,20bz	
Transkaukasische	3	78,20B	
Warschau-Wiener 10er	4	97,80G	
do. 5er	4	98,60bz6	
do. 1er	4	99,40bz6	
Wladikawkas Oblig.	4	— —	
Zarskoe-Selo	5	— —	
Manitoba	4½	98,75bz	
Northern-Pac. I. bis 1921	6	114,80G	
do. II., „ 1933	6	110,40B	
do. III. rz. 1937	6	104,50G	
Oreg. Railw. u. N., „ 1925	5	92,10G	
St. Louis u. S.F., „ 1931	6	106,60G	
do. do. „ 1931	5	83,25bz3	
Anatolische	5	90,40bz6	
Oeste de mineas.	6	78,25bz6	
Portug. Eisenb.-O. 1886	—	39,20bz	
do. 1889	4½	26,75bz	
Schweiz. Centralb. 1880	4	— —	
do. 1883	4	— —	
do. 1886	4	— —	
do. Nordostbahn	4	— —	
Serb. Eis.-Hyp.-Obl. A.	5	78,75bz3	
do. Lit. B.	5	77,40bz	
Wilhelm-Luxemburg	3	90,40G	

Bank-Aktien.

Anglo-Deutsche Bank	5	100,00G	
Bank d. Berl. Kassenv.	6½	128,00G	
Bank f. Sprit u. Prod.	3	67,25bz	
Berg.-Bankverein	6	114,00bz6	
Berliner Handels-Ges.	7½	140,50B	
Brauuschw. Bank	5 2/9	108,60G	
Cöln. W. u. Komm.	5	97,00G	
Cob.-Goth. Kredit-Ges.	5	110,00B	
Danziger Privatbank	8 2/3	— —	
Deutsche Grundschuld	5½	116,75G	
Deutsche Nationalbank	5½	— —	
Essener Kredit	7	123,25G	
Geraer Bank	0	— —	
Hannoversche Bank	4½	107,10G	
Hamburg. Hypoth.-B.	8	— —	
Hamb. Com. u. Disc.-B.	4	— —	
Königsberg. Vereinsb.	5	97,00G	
Leipziger Bank	6½	— —	
Lübecker Kommerzb.	7	113,40G	
Mecklenb. Hypotheken	8	133,00B	
Nordd. Grund-Kredit.	0	83,60G	
Oesterr. Länderbank	5½	— —	
Oldenb. Spar- u. Leihb.	6	— —	
Preuss. Immob. M. p. St.	13	205,00bz6	
do. Leihbaus konv.	6	90,60G	
Rhein.-Westf. Bank	0	— —	
Weimar. Bank konv.	7	105,75G	
Westfälische Bank	5	109,60G	
Wiener Bankverein	7	— —	
Wiener Unionbank	7	— —	

Industrie-Aktien

A.-G. f. Anilinfabr.	6	140,10G	
Archimedes	5	83,75G	
Bau-Ausführung	6	91,50G	
Berl. Charlottenb.	7 6/9	125,00bz	
do. Neustadt	0	91,00bz6	
Bauverl. Passage konv.	3½	67,30bz6	
B.-Wilmersd. T.-G.	16	164,75bz6	
Bazar	10	200,00G	
Berliner Lagerhof	0	85,60bz6	
do. do. St. Pr.	3	118,50B	
do. Musik-I., Pietschm.	10	— —	
Omnibus-Gesellschaft	12½	285,00B	
Braunschweiger Jute	6	118,50bz6	
Butzke, Metallindustr.	2	82,00G	
Charlottb. Wasserwerk	10	196,00bz	
Chem. Fabr. Schering	13	258,25G	
Danziger Oelmühle	13	85,00B	
Danz. Oelmühle St.-Pr.	0	96,00B	
Dessauer Gas	10	166,00B	
Düsseldorfer Waggon	14	130,75B	
Elberfeld. Farbenfabr.	18	207,60bz6	
Erdmannsdorf. Spinn.	6	97,40bz	
Frister & Rossmann kv.	0	76,00bz6	
Gummi-Fab. Fonrobert	3	71,00bz6	
do. Voigt & Winde	8	123,00bz6	
do. Volpi & Schlüter	5	94,75bz	
Harburg-Wien Gummi	20	255,00bz6	
Jeserich Asphalt	1½	— —	
Kaiserhof konv.	8	98,60G	
Keyling & Th Eiseng.	6	119,00bz6	
Kurfürstendamm-Ges.	—	2303 bz6	
La Veloce, Ital. D.	5	78,00G	
Ludw. Löwe & Co.	18	213,00G	
Mälzerei Wrede	6	75,75G	
Magdeburger Baubank	2	84,30bz	
Neuss, Wagenbau	2½	81,50bz6	
Nordd. Eiswerke	3	86,50bz6	
Oppelner Portl.-Cemnt.	5½	97,25bz6	
Pferdebahn-Ges.:			
Braunschweiger	4½	101,00G	
Breslauer	7	122,25B	
Stettiner	2½	65,00B	
Sächs. Stickmaschin.	4	113,50bz6	
Siemens, Glas-Industr.	11	152,90bz6	
Strals. Spielkart. St.-P.	6 2/3	105,00G	
Vr. Deutsch. Petr. St.-P.	0	17,60bz6	
Ver. Köln-Rottw. Pulv.	10½	152,75G	
Wilhelmshütte	2½	55,00bz6	
Zuckerfabr. Fraustadt	0	98,40G	

Bergwerks- u. Hütten-Ges.

Anhalter Kohlenwerke	7	93,25bz6	
Baroper Walzwerk	0	53,00bz6	
Berzelius	12	124,25bz6	
Braunschw. Kohlenw.	4	73,50bz	
do. St.-Pr.	5	90,60G	
Consolidat. Bergw.-G.	20	147,75bz	
Consol. Marie	2½	43,75G	
Consol. Redenh. St.-Pr.	0	11,25bz	
Duxer Kohlen kon.	12	121,90bz	
Gelsenkirch. Gusstahl	10	68,10G	
Georg-Marien-St.-A.	5	74,10G	
do. St.-Pr.	5	86,50G	
Hagener Gusstahl	8	108,25G	
Harzer Eisenw. konv.	0	7,50B	
do. do. St.-Pr.	0	33,50bz	
Huge Bergwerk	10	95,50bz6	
Inowrazlaw, Steins.-B.	0	42,50bz	
Kattowitzer	8	116,20bz	
Königin-Marienhütte	4½	53,25G	
König Wilhelm conv.	22	97,75bz6	
do. St.-Pr.	37	100,00bz6	
Rhein. Antr.-Kohlen	7	78,00bz	
Rheinische Stahl Lit. C.	10	149,00G	

Oblig. v. Indust.- u. Bergw.-Ges.

Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	99,50bz	
Aschersleb. Kaliwerke	5	103,80G	
Bochumer Gusstahl	4	103,60B	
Dessauer Gas	4½	— —	
Dortmunder Union	5	111,90G	
Gr. Berl. Pferdeb. I. u. II.	4	102,00B	
Hamb. Packetfahrt	4	— —	
Henckel Obligationen	4	102,25G	
Hibernia	4½	102,90G	
Laurahütte	4½	103,60bz	
Luise Tiefbau	4½	— —	
Naphta-Obligationen	6	— —	
Norddeutscher Lloyd	4	99,90G	
Oberschl. Eisenbahnb.	4	— —	
do. Eisen-Ind.	4½	102,00B	
Passage Akt.-Bauver.	4	100,00bz	
Solvay-Obligationen	5	— —	
Thale Eisenwerk	4	— —	
v. Thiele-Winkler	4	— —	
Westf. Gruben-Verein	5	— —	
Zoologischer Garten	5	— —	

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18930127023/fragment/page=0002